

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1.80 RM. - Einzelnummern 10 Pf. - Auslandsendung 2.50 RM. bei der Oberamtspostkassa Neuenburg Zweigt. Waldb. - Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle & Co. Waldbad. - Postfachkonto Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Kleinanzeige 30 Pfg. - Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. - Schluss der Anzeigennahme tägl. 3 Uhr vorm. - In Konkursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Edeodor Gaid in Waldbad, Wilhelmstraße A 161; Wohnung: Charlottenstraße 211

Nummer 131

Februar 1924

Waldbad, Donnerstag, den 5. Juni 1924

Seitenschiff 170

Jahrgang 59.

Vorwärts - aufwärts!

Das Frankreich eines Poincaré ist, trotz der dümmlichen Erkenntnis, daß die Kohlengenerale keine Kohlen, sondern — Holz erzeugen haben, und daß am Ende Frankreichs Geschick mit Deutschlands das untrennbar verflochten ist, nach wie vor das Land glühenden Hasses. Das England eines Mac Donald ist trotz allen Rosengewölks und aller Schamelenentöne das Land des alten John Bull, der nur brutalste nationale Interessenspolitik kennt; schon gehen die Herren von London ihre Geschäfte ob der deutschen Verträge, auf dem Weltmarkt wieder Fuß zu fassen, in ärgerliche Fäusten. Von einer Aufhebung des Versailler Friedens darf die Arbeiterpartei nicht mehr reden, seitdem sie Englands Geschichte kennt!

Und unser deutsches Volk ist noch lange nicht zu der Erkenntnis herangereift, daß wir immer noch erst am Anfang eines dornenwunden Weges stehen. Millionen Deutscher glauben, was sie glauben wollen. Und bei anderen ist jene Abstumpfung gegen Gott und Schicksal, Staat und Volk, wie sie unter dem Druck bitterster Not entstanden ist, nicht überwunden; was nicht im Gesichtswinkel der Goldmacherkunst liegt, läßt sie kühl. Die Fragen der Wehrmacht, der Volksgesundheit, des Rentenjamers schiebt der Neudeutsche achselzuckend beiseite. Eine kalte Seelenlosigkeit regiert. Seelenlos ist unser immer mächtiger anschwellendes Trümmerfeld. Immer mehr sinkt der Mensch zur Nummer herab. Die Arbeit, die Quelle der inneren Kraft und der Lebensfreude, wird zur harten Fron. Die letzte ausstehende Freude an der beginnenden Sicherung der allgemeinen Grundlage unseres wirtschaftlichen Daseins wird erstickt von der Not des einzelnen, der Erkenntnis von der drohenden Entwertung der Einzelgenüsse.

Und bei der Jugend immer noch zwar ein Gefallen an leichter „Beschäftigung“, aber eine Abneigung gegen ernste, den ganzen Menschen erfassende Arbeit. Die gegenwärtig geltenden Erziehungs Ideale, die alle zu einem Kultus des Kindes hinleiten, ihre allgemeine Weichheit und weibliche Einstellung passen aber nur zu gut zu dem Bild einer franken Zeit. Einem großen Teil des deutschen Volks fehlt noch viel Männlichkeit, die sich einerseits freiwillig unterordnet, andererseits nach erreichbarem, klar vorgestelltem Ziel mit heldischer Kraft vorstößt.

Ein Volk, das der Welt so viel gegeben, das eine so unerhöht große Geschichte erlebt und überstanden hat, ist im innersten Kern gesund. Tod und Auferstehung hat es so oft hinter sich, daß auch nach dem Tode von 1918 eine Auferstehung kommen muß. Die deutsche Seele ist noch ungeboren, und sie wird sich den Reichkörper bauen, den sie wieder braucht. Das deutsche Wesen ist in seiner Tiefe und seiner Lebendigkeit einigartig. Der Arbeitsfleiß des Deutschen wird wieder die Welt überwinden. Denn Fleiß und Verantwortlichkeitsgefühl sind zwei Dinge, die uns mehr eigen sind als irgendeinem Volk auf der Welt. Ein sinnender Blick auf die lange Kette deutscher Bestleistungen, deutscher Kulturwerke, auf die Geschichte deutscher Wissenschaft, Kunst und Technik gibt uns Stolz und Kraft, läßt unsere Stirn leuchten und strahlt unsere Brust, gibt Sicherheit und Zukunftsglauben. Entgegens kann nicht vergehen. Besinnen wir uns auf diese Werte unseres Volkstums. Und nehmen wir dazu den tiefen Bewußtismus des Deutschen, der sein Lebenswert tut um des Wertes willen. Der neudeutsche Händlergeist darf uns nicht beirren. Deutschland wird sich wiederfinden, wenn das Geröll dieser trümmerrichtenden Zeit weggeräumt sein und der deutsche Mutterboden wieder sichtbar wird.

Auch unser Volksgeschick ist nur ein Teil der Menschheitsgeschichte und ist in dem Plan des Ewigen mit beschlossen. Immer war unser Volk den Mächten jenseits von Raum und Zeit näher als andere Völker. Vielleicht hat es darum so oft so schwer leiden müssen. Denn auch inneren Reichtum gibt es nicht ohne Opfer. Das ist der große Ausgleich in der Welt des Seins. Nur wertvolle Menschen werden hart geprüft. Aber wir dürfen ohne Ueberhebung glauben, daß die göttliche Vorsehung es mit uns gut meint, und hoffen, daß einst unser Geschick sich wende. Eine tiefreligiöse Bewegung geht durch unser Volk, verschieden in der dogmatischen Neuerung, aber innig und stark. Hier, in dem erschütterlichen Glauben an die Vorsehung, gewinnen wir die Kraft, dem Geschick zu trotzen. Besinnung in der Stille, ein tiefes Nachsinnen führen zu ewigen Quellen.

Anteil der Landwirtschaft am Rentenmarkkredit

Berlin, 4. Juni. In einer kleinen Anfrage deutschnationaler Landtagsabgeordneter wurde das preussische Staatsministerium ersucht, von der Reichsregierung sofortige Auskunft darüber zu erlangen, wie viel Kredit an Rentenmark der deutschen Landwirtschaft ohne Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Industrie bisher bewilligt worden sei. Der Landwirtschaftsminister erwiderte, nach Mitteilung des Reichslanddirektoriums habe am 7. April d. J. die Summe der an die Landwirtschaft und ihre Gewerke gewährten

Tagespiegel

In Berlin sind in 16 Brauereien 6000 Arbeiter in den Ausland getreten.

Viele japanische Studenten haben Berlin und Charlottenburg verlassen. Gerüchtweise verlautet, daß sie wegen militärischer Vorbereitungen (gegen Amerika?) in die Heimat gereisen worden seien.

Die im Ruhrgebiet liegenden belgischen Besatzungstruppen sollen unversichtlich ausgewechselt und der frühere Besatzungshaber General Borremans wieder ins Ruhrgebiet geschickt werden. — Sollten die belgischen Soldaten kommunikativen Schaden an ihrer Seele genommen haben?

In London sind Nachrichten eingelaufen, daß die rumänische Regierung gestürzt worden sei und General Moarescu die Regierung übernommen habe.

Die Senatskommission in Washington hat mit 11 gegen 6 Stimmen den Antrag des Senators Fish abgelehnt, den notleidenden Frauen und Kindern in Deutschland einen Kredit von 10 Millionen Dollar zu gewähren. Das Abgeordnetenhaus hatte den Antrag bereits angenommen. Die Kommission lehnte einen weiteren Antrag ab, daß über die Schuld Deutschlands am Krieg eine Untersuchung eingesetzt werden soll. — Aha!

Kredite ungefähr 645 Millionen Rentenmark betragen. Hierzu kommen die Kredite, welche Handel und Industrie durch Diskontierung von Landwirtschaftswechseln erhalten haben und die etwa 200 Millionen Rentenmark betragen. So daß die Landwirtschaft insgesamt mit ungefähr 845 Millionen Rentenmark an den Rentenmarkkrediten der Reichsbank beteiligt ist. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen erhält keine Kredite hauptsächlich durch Vermittlung der Preußenkasse, aus dem vieler bewilligten Kontingent, daneben genießen zahlreiche Genossenschaften im Reich noch einen Diskontkredit bei ihrer örtlichen Reichsbankanstalt; die Summe der von ihnen dort in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Kredite betrug am 7. April ungefähr 46 Millionen Rentenmark. Diese Kreditsumme umfaßt alle ihre eingeräumten, verschiedenen Zwecken dienenden Einzelkredite. Für nicht landwirtschaftliche Kreditbedürfnisse sollen von ihr 30 bis 40 Millionen Rentenmark aufgewandt werden sein, die von der obigen Gesamtsumme von 845 Millionen abzuziehen wären. Als landwirtschaftliches Gewerbe ist aber in erster Linie gerechnet die Zuckerverfabrikation, daneben sind mit geringeren Beträgen beteiligt landwirtschaftliche Brennereien, Molkereien usw. Insgesamt entfällt von der obigen Summe auf die rein landwirtschaftlichen Gewerbe nur ein Betrag von ungefähr 80 Millionen Rentenmark.

Neue Nachrichten

Das frühere Reichskabinett bestätigt

Berlin, 4. Juni. Der Reichspräsident hat gestern Abend Dr. Marx aufs neue als Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die bisherigen Reichsminister in ihren Ämtern bestätigt.

Das Kabinett setzt sich demnach folgendermaßen zusammen: Reichskanzler: Dr. Marx (Zentr.); Inneres und Vizekanzler: Dr. Jarres (D. Vp.); Außen: Dr. Stresemann (D. Vp.); Reichswehr: Dr. Gessler (Dem.); Arbeit: Dr. Brauns (Zentr.); Post: Höfle (Zentr.); Finanzen: Dr. Luther (D. Vp.); Ernährung: Graf Ranitz (bei keiner Partei); Wirtschaft: Hamm (Dem.); Verkehr: Defer (Dem.). Das Justizministerium ist noch unbesetzt geblieben, da mit der Bayer. Volkspartei noch Verhandlungen über den Beitritt zur Regierungskoalition oder deren Unterstützung schweben. Gegebenenfalls würde Dr. Emminger (Bayer. Volksp.) das Ministerium wieder übernehmen.

Die Regierungskoalition verfügt im Reichstag über 137 und unter Hinzurechnung der zugehörigen sozialdemokratischen Unterstützung über 237 Stimmen; sie besitzt also eine Mehrheit von 1 Stimme. Die Bayer. Volkspartei zählt weiterhin 16 Stimmen.

Das Kabinett vor dem Reichstag

Berlin, 4. Juni. Das Kabinett Marx trat heute nachmittag vor den Reichstag.

Nach der B. Z. stellt das Kabinett keine Vertrauensfrage, sondern legt sein Programm zum Sachverständigenrat dar, wobei die Maßnahmen zur Durchführung des Gutachtens erwähnt werden. Die Regierung erwartet hierin die Unterstützung aller „Einflussreichen“. Eine Abstimmung soll in einer Form herbeigeführt werden, die eine Mehrheit für die Hauptpunkte erwarten lasse, und deshalb werde das Schicksal des besetzten Gebiets besonders betont werden.

Einige Blätter wollen wissen, Reichspräsident Ebert habe Dr. Marx wissen lassen, wenn er die Kabinettsbildung nicht noch am Dienstag vollzogen habe, so werde Dr. Brüning beauftragt werden.

Marx' Absage an die Deutschnationalen

Berlin 4. Juni. Nachdem auch die im Verlauf des gestrigen Tags geführten Besprechungen über die Regierungsbildung sich zerlegt hätten, teilte Dr. Marx den Deutschnationalen mit, daß er die Verhandlungen mit ihnen abbrechen müsse. Die politische Lage lasse aber eine Verzögerung der Kabinettsbildung nicht mehr zu, er werde daher unverzüglich an die Regierungsbildung herantreten.

Den Ausschlag für das Scheitern der Verhandlungen soll ein Telegramm des rheinischen Oberpräsidenten Fuchs (Str.) an den Reichspräsidenten gegeben haben, worin namens des besetzten Gebiets das Zustandekommen einer Regierung gefordert wird, die die Verhandlungen über das Sachverständigengutachten auf der Grundlage der Politik der Mittelparteien zu führen entschlossen sei. Von anderer Seite wird behauptet, das Telegramm sei eine bestellte Arbeit gewesen. (?)

Erklärung der Deutschnationalen

Berlin, 4. Juni. Die Reichstagsfraktion veröffentlicht eine Erklärung: Die Verhandlungen über die Regierungsbildung seien erheblich später eröffnet worden, als es die Deutschnationalen erwartet und wiederholt verlangt haben. Reichspräsident Ebert habe sich über den parlamentarischen Brauch hinweggesetzt und sich nicht bewegen gefühlt, der stärksten Partei den Auftrag zur Kabinettsbildung zu geben. Gleichwohl haben die Deutschnationalen im Bewußtsein ihrer Verantwortung durch weitestgehendes Entgegenkommen eine dem Wahlergebnis einigermaßen entsprechende Umbildung der Regierungsverhältnisse herbeizuführen gesucht. An welchem Hindernis schließlich die Einigung scheiterte, sei schwer verständlich. Ob daran die enstehenden Veröffentlichungen in gewissen Blättern die Schuld tragen, werden die zu erwerbenden Erörterungen vielleicht erhellen. In den Mittelparteien seien starke Kräfte vorhanden gewesen, die ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen von Anfang an verhindern wollten. Die Bayerische Volkspartei werde sich an der sogenannten Kleinen Koalition nicht beteiligen, es sei aber nicht möglich, daß selbst bei Unterstützung der Sozialdemokratie auf diese Weise regiert werden könne. Die Deutschnationalen Volkspartei habe die volle Freiheit des Handels wieder und werde von ihr entschlossen Gebrauch machen.

Erklärung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 4. Juni. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erklärt, die Verhandlungen seien durch die Beschlüsse der deutschnationalen Fraktion und ihre allerdings entstellte Veröffentlichung durchkreuzt worden. Die Deutsche Volkspartei habe keine Sicherheit bieten können, daß in Preußen Neuwahlen vorgenommen werden. Für sie sei entscheidend gewesen, daß die Deutschnationalen unbedingt die Preisgebung Stresemanns verlangte. Die Deutsche Volkspartei sei nicht bereit, den Kopf ihres Parteiführers einer anderen Partei zu opfern. So seien die Verhandlungen zur Bildung einer großen bürgerlichen Koalition gescheitert, die Partei hoffe aber, daß dieses Ziel doch noch erreicht werden könne. Sie beteilige sich wieder an der Kleinen Koalition in dem Bewußtsein, daß sie auch dieses Opfer dem Vaterland bringen müsse.

In der Sitzung der Fraktion der Deutschen Volkspartei am Dienstag Abend beschwerte sich Dr. Stresemann, daß ein Teil der Fraktion ihn sollen gelassen habe, während er die Partei groß gemacht habe. Die Fraktion sprach Stresemann das Vertrauen aus.

Verwarnung an die Kommunisten

Berlin, 4. Juni. Reichstagspräsident Wallraf hat nach der B. Z. den kommunistischen Abgeordneten Remmele brieflich benachrichtigt, daß er als gesetzlicher Hausherr des Reichstags Remmele das Betreten des Hauses während der nächsten 20 Sitzungen verbiete. (Remmele hat trotz dreimaligen Ordnungsrufs und wiederholter Aufforderung, sich zu entfernen, den Saal nicht verlassen, sondern den Präsidenten durch gemeinste Schimpfworte, wobei er ihn fortwährend mit „du“ anredete, beleidigt.) Sollte Remmele dennoch erscheinen, so würde dies nach der Geschäftsordnung als Hausfriedensbruch behandelt und könnte zur Verhaftung „auf frischer Tat“ führen. Falls die Kommunisten die Sitzungen fortsetzen sollten, werden weitere Ausschließungen angedroht, womit Entziehung der Eisenbahnfreikarte und der Abgeordnetengelder verbunden ist.

Betriebsbeschränkungen in Berlin

Berlin, 4. Juni. In der Berliner Maschinenindustrie sind erhebliche Arbeiterkündigungen vorgenommen worden, die großen Industriewerke legen außerdem von heute an Feiertagen ein. In der Sitzung des Vereins der Berliner Industriellen wurde mitgeteilt, daß die Auslandsaufträge seit Mitte Mai so gut wie ganz ausgeblieben seien, zumal die deutschen Ausfuhrpreise bereits über Weltmarktniveau liegen.



